

Wühlmäuse am Werk

Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag mehr als eine „sentimentale Genugtuung“

Kündigt sich bei den Sozialdemokraten eine tiefgreifende Umorientierung ihrer außenpolitischen Vorstellungen an? Seit einigen Wochen versucht die SPD in zunehmendem Maße den Wert des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages durch unsachliche und unbegründete Behauptungen zu diskreditieren. Ihre bei der Verabschiedung des Vertrages abgegebenen Beteuerungen, rückhaltslos die Freundschaft der beiden Völker zu unterstützen, erscheinen angesichts zahlreicher, das deutsch-französische Verhältnis belastender Erklärungen, in einem etwas zweifelhaften Licht.

Als am 17. Mai der Bundestag den Freundschaftsvertrag verabschiedete, sicherten nach einigem Zögern auch sozialdemokratische Politiker zu, alles zu tun, was die Aussöhnung der beiden Nationen fördern könnte, und alles zu unterlassen, was die guten Beziehungen zu unserem westlichen Nachbarn beeinträchtigen würde.

Bald darauf verging aber kaum eine Woche, in der nicht irgendwelche negativen Äußerungen gegenüber der französischen Regierung in den SPD-Publikationen zu finden waren. Man muß deshalb den Eindruck haben, daß für die SPD der französische Staatspräsident de Gaulle ein Störenfried ist, dessen erklärtes Ziel es lediglich ist, die NATO zu zerstören, die Bundesrepublik zu einer Dependence Frankreichs zu machen und eine internationale Entspannung zu verhindern.

Ausgerechnet die SPD

Am 2. Juli schrieb der Parlamentarisch-Politische-Pressedienst der Sozialdemokraten, „PPP“, im Vergleich zu späteren Äußerungen noch recht harmlos: „De Gaulle will Paris-Bonn-Allianz erzwingen.“ PPP wollte wissen, daß die Franzosen zur Vorbereitung der ersten deutsch-französischen Kabinettsitzung „den deutschen Gesprächspartner geradezu unter Druck gesetzt“ hätten, um die Bundesrepublik zu einem Sonderbund mit Frankreich zu zwingen. Als sich dann wenige Tage später nach der gemeinsamen Sitzung die Haltlosigkeit dieser Behauptung herausstellte, erfolgte keine Berichtigung, statt dessen meinte die SPD herabwertend „Kein Fortschritt für Europa“ und tat so, als ob von dem Treffen de Gaulle und Adenauer eine Beseitigung aller schwebenden Fragen der europäischen Einigungspolitik zu erwarten gewesen wäre.

Selbst der bei dieser Gelegenheit beschlossene und von allen begrüßte deutsch-französische Jugendaustausch fand bei der SPD wenig Gnade. Sie meinte, daß das ganze Unternehmen „wegen seiner Verstaatlichungs- und Verbürokratisierungstendenzen in der Bundesrepublik auf größere Reserve und Skepsis stößt“.

Es mutet auch grotesk an, daß ausgerechnet die SPD, die noch vor nicht allzu langer Zeit das NATO-Bündnis leidenschaftlich bekämpfte, sich nun plötzlich zum Richter über Frankreichs NATO-

Politik aufspielt und de Gaulle ständig vorwirft, er zerstöre durch seine Verteidigungspolitik den westlichen Sicherheitspakt. „Frankreichs NATO-Bindung nur noch ein Schatten“ klagte PPP am 17. Juli und verstieg sich zu dem Vorwurf, daß die Verwirklichung der Pläne de Gaulles einen Bruch der Bundesregierung mit der NATO voraussetzt. In diese Richtung gehört auch die Zweckmeldung vom 8. August, daß de Gaulle angeblich auch seine Luftwaffe der NATO entzieht, oder die Behauptung „de Gaulle blockiert NATO-Strategie“.

Eine Partei, deren führende Mitglieder wie Carlo Schmid und Erler noch 1957 und 1958 erklärt haben, „wir werden einfach die NATO verlassen“ und „wir waren weder für den Eintritt in die NATO noch für die EVG zu keiner Stunde“ sollte mit Urteilen über ein Land, das zu den Gründungsmitgliedern der NATO gehört, etwas zurückhaltender sein.

Aber Wohlwollen für die Labour Party

Die sozialdemokratische Agitation gegen de Gaulle und den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag erreichte ihren Höhepunkt, als Frankreich sich weigerte, dem Moskauer Abkommen beizutreten. In massiver Form warf die SPD de Gaulle vor, gegen den Freundschaftsvertrag verstoßen zu haben und schrieb im PPP am 30. Juli dazu: „Angesichts dieser Situation wies die SPD auf den Tatbestand hin, daß nach der Festlegung durch die Vertragspräambel das deutsch-französische Abkommen keine der anderen von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Verpflichtungen im europäischen Bereich blockieren dürfe. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob de Gaulles außenpolitisches Programm tatsächlich noch geeignet sei, der Bundesrepublik soviel Spielraum zu lassen, daß sie tatsächlich alle von ihr übernommenen internationalen Verpflichtungen erfüllen könne.“

Auch dieses Beispiel zeugt von einer unaufrichtigen Haltung der SPD. Während selbst in ihren Reihen sich gewichtige Stimmen gegen den Beitritt zum

Atomteststoppabkommen erhoben, verurteilte sie de Gaulles Nein als ein Verstoß gegen das Freundschaftsabkommen.

Die SPD ging aber mit ihren Vorwürfen noch weiter. In ihrem Pressedienst vom 7. August hieß es unter der beleidigenden Überschrift „Der Widerstand des gaullistischen Regimes“ (!), daß de Gaulles Haltung in „zweifelhafter Weggemeinschaft mit den Fanatikern in Peking und Tirana“ eine Herausforderung der öffentlichen Meinung darstelle. Die Schlußfolgerung der SPD lautete: „Die Bilanz des Sonderbundes Paris—Bonn, des Verzichts auf wirkliche europäische Integration ist negativ und verhängnisvoll für Europa und insbesondere für die beiden Länder, die heute in eine ungläubliche Isolierung hineingeschlittert sind.“ Zugleich warf die SPD de Gaulle vor, mit den Kommunisten in Peking einen „Flirt“ eingegangen zu sein, nur um eigene Atomwaffen entwickeln zu können. Mit solchen Behauptungen und Verdächtigungen versucht die SPD, de Gaulle in das Zwielficht eines unzuverlässigen Vertragspartners zu set-

Fortsetzung Seite 2

Voreilige SPD

Sozialistische Konkurrenz zur Landesregierung in Nordrhein-Westfalen

Die SPD hat bekanntlich noch vor den Parlamentsferien im Landtag von Nordrhein-Westfalen den Entwurf eines Lehrerbildungsgesetzes eingebracht, das nach Ansicht der CDU nicht nur einen falschen Namen trägt, sondern auch in manchen anderen Dingen korrekturbedürftig ist.

Der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses im Landtag, Dr. Hofmann (CDU), hat dazu in der neuesten Ausgabe des „Kulturpolitischen Informationsdienstes“ vom 21. August erklärt, daß die SPD offenbar den von der Landesregierung erarbeiteten Entwurf zur Lehrerausbildung nicht habe abwarten können. „Diese Wahl des Zeitpunktes“, so schreibt Dr. Hofmann, „deutet darauf hin, daß sich die SPD-Fraktion offensichtlich nicht einig in der Beurteilung der Zweckmäßigkeit ihres Entwurfs war und deshalb eine möglichst geräuschlose Vorlage vorzog. Denn nach den Parlamentsferien wird sicherlich ihr Entwurf in Konkurrenz mit dem Entwurf eines Lehrerausbildungsgesetzes stehen, das von der Landesregierung im Landtag eingebracht werden wird.“

Dr. Hofmann beschäftigt sich in seiner Betrachtung mit den Punkten, die gegen den SPD-Entwurf einzuwenden sind. An erster Stelle nennt er die sozialistischen Bestrebungen, den Pädagogischen Hochschulen ihre Eigenständigkeit zu nehmen und sie zu „Bestandteilen der Universitäten oder Technischen Hochschulen“ werden zu lassen. Ebenso wie dieses Vorhaben abzulehnen sei, sprächen auch gewichtige Gründe gegen die Absicht der SPD, eine gemeinsame erziehungswissenschaftliche Grundausbildung für alle Lehrämter durchzuführen.

Die CDU, das führt Dr. Hofmann aus, und das hat auch Kultusminister Prof. Mikat wiederholt erklärt, ist entschlossen, an der Eigenständigkeit der Pädagogischen Hochschulen festzuhalten. Die von der SPD gewünschte gemeinsame erziehungswissenschaftliche Grundausbil-

dung ist nach Ansicht der CDU schon deshalb abzulehnen, weil nun einmal die erziehungswissenschaftliche Ausbildung eng mit der fachwissenschaftlichen verknüpft ist und stets die besonderen Anforderungen des einzelnen Lehramtes beachtet werden müssen. Auch die Landesverfassung bestimmt eindeutig, so führt Dr. Hofmann aus, daß die Ausbildung für das Lehramt an Volksschulen in der Regel auf bekenntnismäßiger Grundlage erfolgt.

Dr. Hofmann stellt abschließend fest: „Dieser Bestimmung wird am leichtesten

sten eine Regelung gerecht, die die Pädagogischen Hochschulen als eigenständige Hochschulen wissenschaftlichen Charakters beläßt. Der Vorschlag der SPD, die Pädagogischen Hochschulen Bestandteile der Universitäten oder Technischen Hochschulen werden zu lassen, deckt sich zwar mit Bestrebungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die aber ihrerseits bei ihrem Entwurf eines Lehrerbildungsgesetzes mit der Frage nicht fertig werden konnte, wie ihre Vorstellung mit der Verfassung zu vereinbaren sei. Man kann sich also des Eindrucks nicht erwehren, als wolle man die Verfassungsbestimmungen doch irgendwie einschränken.

Ob sich um den Namen des Gesetzes ein Streit entzünden wird, bleibt abzuwarten. Die SPD spricht von einem Lehrerbildungsgesetz, aber das, was ein Gesetz wirklich regeln kann, ist die äußere Form der Ausbildung, so daß es in der Tat besser wäre, von einem Lehrerausbildungsgesetz zu sprechen.“

Neuer Versuch der SED

„In jedem Haus soll ein Parteigagitor tätig sein“

Die Machthaber in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin versuchen jetzt, nachdem sie mit den vor mehreren Jahren gegründeten „sozialistischen Hausgemeinschaften“ wenig Glück hatten, ihre kommunistische Agitation in die Wohnungen der Bevölkerung zu tragen, ihr Ziel mit sogenannten Wohngebietsausschüssen zu erreichen.

Als Aufgabe dieser Ausschüsse wird angegeben, „eine differenzierte, politische, kulturelle, sportliche Tätigkeit unter allen Schichten der Bevölkerung — besonders unter der Jugend und den Frauen zu entfalten.“ Mit dieser Maßnahme will die SED die sogenannte „innere Emigration“ in den eigenen vier Wänden beenden. In dem Beschluß des SED-Politbüros heißt es dazu, daß ein ständiger und „herzlicher“ Kontakt zu den Menschen hergestellt werden soll.

Es sollte mit ihnen aber auch ständig über die Politik der Partei gesprochen werden. Dabei seien falsche Auffassungen in der Bevölkerung zu korrigieren.

Wie wird das praktisch aussehen? Nach dem Abendessen wird ein von der SED bestellter Agitator an der Wohnungstür klingeln, sich als Stützpunktleiter vorstellen und in der Wohnung des Besuchten ein politisches Gespräch beginnen. Der sogenannte Stützpunktleiter wird nicht aus der Wohnung zu weisen sein, er wird den einzelnen nicht nur einmal besuchen, sondern den Kontakt evtl. jede Woche, mindestens aber zweimal im Monat pflegen. Welche Aussichten sich hieraus ergeben, beweist eine Äußerung der Chefs der Agitationspropaganda im Politbüro der SED, Prof. Albert Norden: „In jedem Haus soll ein Parteigagitor tätig sein.“

Die nun einsetzende politische Arbeit der Stützpunktleiter findet ihre „Berechtigung“ in einem Politbürobeschuß über „das System der Leitung der politisch-ideologischen Arbeit in den städtischen Wohngebieten“. Die Bevölkerung der Sowjetzone hat es mit diesem Beschluß unter Umständen mit einem der folgenschwersten Beschlüsse ihrer Machthaber zu tun.

Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß die als Stützpunktleiter agitierenden Genossen wenig Freude für ihren neuen Auftrag mitbringen. Sie sollen, so ist ihnen vom SED-Politbüro „empfohlen“ worden, ihre Agitationsarbeit mit den Wohngebietsausschüssen des von ihnen zu „betreuenden“ Gebiets koordinieren. Außerdem sollen sie zur eigenen Unterstützung auch die Hilfe der verschiedenen politischen Organisationen in Anspruch nehmen.

Wühlmäuse am Werk

Fortsetzung von Seite 1

zen, für den das deutsch-französische Abkommen lediglich ein Mittel ist, französische Hegemonialwünsche auf Kosten des Weltfriedens und auf Kosten Deutschlands durchzusetzen. Kein Wunder, daß der Berliner Bürgermeister Albertz in einer Rede zum 13. August die Bundesrepublik mit dem von Napoleons Gnaden geschaffenen Rheinbund verglich, und so mit dieser gehässigen Charakterisierung gegen eine enge deutsch-französische Verbindung polemisierte.

In welchem geringen Ansehen de Gaulle bei den Sozialdemokraten steht, haben sie in ihrem Pressedienst am 21. Juni verraten: „Die politischen Führer der europäischen Nationen: Adenauer, de Gaulle, Macmillan sind ebenso Relikte von gestern wie die verbliebenen Diktatoren Franco und Ulbricht“.

Wie wenig Bedeutung die Sozialdemokraten dem deutsch-französischen Vertragswerk beimessen, verriet der SPD-Pressedienst am 14. August, als er von einer nicht mehr als „sentimentalen Ge-

nugtung“ Adenauers und de Gaulles sprach.

Zweifelloso, die SPD hat für unseren französischen Bundesgenossen nicht viel übrig. Desto mehr Verständnis bringt die SPD aber für die Politik der englischen Labour Party auf, deren Führer Harold Wilson sich mehrmals für die Anerkennung des Zonenregimes ausgesprochen hat, und der dennoch von der SPD eingeladen wurde, bei ihrem Deutschlandtreffen in Hamburg zu sprechen.

Wer wie de Gaulle die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung unterstützt, zu der sich ja auch die SPD offiziell bekennt, wird also von der SPD geschmäht, und wer wie Wilson eine Politik vertritt, die zweifellos die Position Ulbrichts stärken würde, wird von der SPD geschont. Eine solche Taktik muß den Eindruck erwecken, daß bei der SPD Kräfte wirksam werden, die die ersten Absetzungsbewegungen von der Linie der „gemeinsamen Außenpolitik“ einleiten, ohne das direkt aussprechen zu wollen.

„Bösartiger Vorwurf“

Dr. Arndt (SPD) hat Tatsachen verfälscht

Der Berliner Kultussenator und Rechtsexperte der SPD, Adolf Arndt, hat gegen die Bundesregierung den unerhörten Vorwurf erhoben, durch „skandalöse Vorgänge“ die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts anzutasten.

Von den fünf in diesem Sommer neu zu wählenden Bundesverfassungsrichtern waren zwei vom Bundestag und drei vom Bundesrat zu wählen. Während der Bundestag die Amtszeit der bisherigen Richter Gebhard Müller und Professor Leibholz erneuerte, hat der Bundesrat lediglich die Amtszeit des Verfassungsrichters Kutscher verlängert. Zwei andere Richter, darunter Professor Draht, wurden nicht wiedergewählt, an ihre Stelle treten die Ministerialbeamten Gregor Geller und Wiltraud von Brüneck. In der Tatsache, daß Professor Draht Sozialdemokrat ist, sieht Arndt den Beweis, daß die Bundesregierung über personalpolitische Entscheidungen die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts antasten wolle.

Zu den Angriffen Dr. Arndts stellte die CDU/CSU Bundestagsfraktion am 20. August 63 fest:

„Die gesamte Darstellung von Dr. Arndt ist eine grobe Verfälschung der Tatsachen. Schon sein Ausgangspunkt, daß die Herabsetzung der Richterzahl eine Verschwörung der Parteipolitik gegen das Bundesverfassungsgericht sei, ist eklatant falsch. Herr Dr. Arndt weiß sehr gut, daß die — übrigens nicht jetzt, sondern schon vor Jahren beschlossene — Herabsetzung der Richterzahl auf einen Vorschlag des Plenums des Bundesverfassungsgerichts selbst zurückgeht und im Rahmen wohlwogener Reformgedanken steht.“

Daß bei der Herabsetzung der Richterzahl, mit der sich auch jetzt noch einmal das Plenum des Bundesverfassungsgerichts einverstanden erklärt hat, nicht alle bisherigen Richter wiedergewählt werden konnten, war eine unumgängliche Not-

wendigkeit. Es ist eine grobe Verfälschung der Tatsachen, wenn Herr Dr. Arndt die Bundesregierung und die Regierungsparteien mit angeblichen Intrigen in den Vorgängen der Richterwahl belastet. Er weiß, daß das, was er „Abwahl“ nennt, entscheidend auf die Beratungen des Bundesrates und nicht des Bundestages zurückgeht. Die bösartigen Vorwürfe, die er dabei erhebt, richten sich daher eindeutig gegen die Mitglieder des Bundesrates und in diesem Fall auch gegen Persönlichkeiten, die seiner eigenen Partei angehören. Seine eigenen Parteifreunde im Bundesrat hätten offensichtlich leicht die Möglichkeit gehabt, dem angeblich von Rufmord bedrohten Professor Draht Gehör zu verschaffen. Sie hätten ebenso die Möglichkeit gehabt, die Wiederwahl von Professor Draht zu bewirken, wenn sie nicht anderen eigenen Kandidaten den Vorzug gegeben hätten. Wer die Vorgänge der Richterwahl kennt, weiß, daß insbesondere Hessen, das doch an der angeblichen Verschwörung von Bundesregierung und CDU kaum beteiligt sein wird, Wünsche verfolgt und durchgesetzt hat, die die Wiederwahl von Professor Draht unmöglich gemacht haben. Schon daran zeigt sich, daß die Darstellung von Dr. Arndt die Tatsachen verfälscht.

Der Bundesrat hat allen Anlaß, sich gegen die brunnenvergiftende Darstellung des Herrn Dr. Arndt zur Wehr zu setzen. Die CDU weist alle Vorwürfe, die in diesem Zusammenhang gegen sie erhoben sind auf das schärfste zurück und behält sich vor, die Vorgänge in ihren Einzelheiten, aber wahrheitsgemäß, darzustellen.“

CDU fordert Hilfe

Niedersachsens Regierung tut zu wenig für den Zonengrenzraum

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion hat die Initiative ergriffen, um den wirtschaftlich schlecht gestellten Kreisen im Zonengrenzgebiet zu helfen. Sie hat die Landesregierung aufgefordert, insbesondere die verstärkte Ansiedlung von Industriebetrieben im Raum nördlich von Braunschweig zu fördern.

In einem Schreiben an den DGB-Landesbezirk Niedersachsen, der sich auf einer Tagung in Helmstedt ebenfalls mit Fragen der Zonenrandhilfe befaßt hatte, setzte sich die CDU-Fraktion für finanzielle Hilfsmaßnahmen zugunsten des Eisenerz- und des Buntmetallerz-Abbaues ein.

Die CDU-Fraktion teilte bei dieser Gelegenheit mit, das Bundesverkehrsministerium habe bereits den Bau und Ausbau von Straßen berücksichtigt, der für die weitere Erschließung der Zonengrenzkreise erforderlich sei. Nach den Feststellungen der CDU hat der Bund in den letzten zehn Jahren rund 260 Millionen DM für die niedersächsischen Zonengrenzgebiete zur Verfügung gestellt, während sich das Land nur mit 55 bis 60 Millionen DM beteiligt habe.

Auf der bereits eingangs erwähnten DGB-Tagung hatte sich die von der SPD

geführte Landesregierung scharfe Kritik an ihrer Politik für die Zonenrandgebiete gefallen lassen müssen. Der Vorsitzende des Ostrandausschusses des Deutschen Landkreistages, Oberkreisdirektor Dr. Conrady, hatte dem Land Niedersachsen unverblümt vorgeworfen, im Vergleich zu anderen Bundesländern zu wenig für seine förderungsbedürftigen Gebiete getan zu haben.

Als nachahmenswertes Beispiel für die Förderung wirtschaftlich benachteiligter Gebiete nannte Conrady dagegen den Saniierungsplan der nordrhein-westfälischen Landesregierung für das von der Stilllegung der Eisenerzgruben betroffene Siegerland, über den wir in Nr. 30/63 von „Union in Deutschland“ berichtet hatten. Ebenso gelobt wurde der EWG-Anpassungsplan der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

die Bundesregierung ist inzwischen dem Moskauer Atomteststop-Abkommen beigetreten. Gleichzeitig mit diesem Schritt hat sie vor aller Welt erklärt, daß ihr allein das Recht zustehe, für ganz Deutschland zu sprechen. Nachdrücklich weist die Bundesregierung darauf hin, daß „im Rahmen dieses Vertrages keine vertraglichen Beziehungen mit der sowjetischen Besatzungszone oder mit den dort eingesetzten Stellen entstehen“.

In ähnlichem Sinne hatten sich schon vorher die westlichen Partner der Bundesrepublik geäußert. Und die SPD? Nun, Ollenhauer hat die Unterzeichnung des Abkommens begrüßt und es als legitime Aufgabe der Bundesregierung bezeichnet, wenn sie darauf achte, daß Pankow nicht aufgewertet werde.

Vor Tische allerdings las man's noch anders: als die Bundesregierung ihren Beitritt zum Moskauer Abkommen erst nach reiflicher Überlegung vollzog, war sie, von den Sozialdemokraten wegen angeblicher Zaghaltigkeit angegriffen worden. Der Berliner Bürgermeister Albertz hatte dem „perfektionistischen Staat zwischen Elbe und Rhein“ gar „provinzielle Ängstlichkeit“ vorgeworfen. Heute wird die SPD nicht mehr gern daran erinnert, denn inzwischen ist auch ihr klargeworden, daß die Bundesregierung durch die eingehenden Konsultationen der Westmächte mehr für die deutsche Sache getan hat, als sie durch eine übereilte Unterzeichnung nach dem beiläufigen Angebotenen Patentrezept der SPD hätte erreichen können.

Wenn heute Ollenhauer es legitim nennt, darauf zu achten, daß dem Unrechtssystem Ulbrichts nicht der Rang eines Staatswesens zuerkannt wird, dann rennt er damit offene Türen ein. Schließlich gilt das Bemühen der Bundesregierung und mit ihr der CDU/CSU nicht erst seit gestern diesem Vorhaben. Alles aber, was von der Regierung und der Christlich-Demokratischen Union unternommen worden ist, fand die Schmähungen der Opposition. Das war nicht anders mit der sogenannten Hallstein-Doktrin wie heute mit den Auseinandersetzungen um das Atomteststop-Abkommen. Wir haben es nicht nötig, durch verklausulierte Floskeln das plötzlich „legitim“ zu nennen, was noch ein paar Tage zuvor mit dem Stichwort „provinzielle Ängstlichkeit“ abgetan wurde. Und wenn die SPD der Regierung „politische Spätzündung“ vorwarf, so muß man heute fragen, wer nun wirklich ein verzögertes politisches Sachverständnis bewiesen hat.

Ihr Konrad Kraske

Schwerpunkte

Bayerischer Landesjugendplan veröffentlicht

Um 3,115 Millionen DM sind im Landesjugendplan des Landes Bayern die Mittel aufgestockt worden. Diese Mittelzerhöhung ist das Ergebnis von Gesprächen, die zwischen der Landesregierung, den freien Jugendverbänden und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege über die Schwerpunkte des Landesjugendplans geführt worden sind.

Insgesamt betragen die Verstärkungsmittel im Jahr 1963 mehr als 6 Millionen DM. Sie wurden unter Wahrung des Grundsatzes, den Gebieten der Jugendfürsorge und Jugendpflege eine gleichmäßige Förderung zuteil werden zu lassen, auf diese mit je 2,85 Millionen DM verteilt, während die restlichen 500 000 DM dem Bayerischen Jugendwerk zufließen. Dabei wurde von der bisherigen Übung, die Verstärkungsmittel nur dem Innenministerium (1962: 1,2 Millionen DM) und dem Kultusministerium (1962: 2,8 Millionen DM, davon 800 000 DM zur Förderung des Kindergartenwesens, das zur Jugendfürsorge gehört) zur Verfügung zu stellen, für 1963 abgesehen. Für dieses Jahr ergab sich die zwingende Notwendigkeit, auch der Obersten Baubehörde für den Jugendwohnheimbau, dem Landwirtschaftsministerium für die Landjugendbetreuung und dem Arbeitsministerium für das Bayerische Jugendwerk Verstärkungsmittel zuzuweisen.

Im einzelnen ergibt sich für die drei Bereiche der Jugendfürsorge, der Jugendpflege und des Jugendwerkes folgendes Bild:

Im Bereich der Jugendfürsorge werden, neben der Förderung des Kindergartenwesens mit 880 000 DM, Anstalten, Einrichtungen und Vereine der Jugendwohlfahrt mit 1,102 Millionen DM besonders unterstützt. Für die Erholungsverschickung gesundheitsgefährdeter und unterernährter Kinder wurde der Stammansatz um 100 000 DM erhöht und der bisherige Verstärkungsbetrag von 100 000 DM beibehalten. 1962 betrug der Stammansatz 600 000 DM, der 1963 nun 630 000 DM für allgemeine Maßnahmen dieser Erholungsverschickung beinhaltet und 70 000 DM für diesen Zweck den Kommunen zur

Verfügung stellt. Zur Förderung des Jugendwohnheimbaues, deren Mittel von 800 000 auf 1,5 Millionen DM erhöht worden sind, stehen erstmals in diesem Jahr Verstärkungsmittel in Höhe von 700 000 DM bereit. Zur Durchführung von Arbeitstagungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege sowie zur Durchführung von Jugendschutzwochen, für die insgesamt 116 000 DM benötigt werden, sind 64 000 DM Verstärkungsmittel vorgesehen (bisher 46 000 DM).

„Erschreckende Resignation“

Die Kaltstellung qualifizierter Beamter und deren Folgen

Die „rote Personalpolitik“ der niedersächsischen Landesregierung, kürzlich aufs neue dokumentiert durch die Kaltstellung zweier Staatssekretäre und eines Regierungspräsidenten (siehe UfD 32/63), hat nach Ansicht der CDU zu einer „erschreckenden Resignation in der höheren Beamtenschaft“ geführt.

Die niedersächsische CDU führt als Beweis dafür an, daß sich bisher erst 12 Kommunalpolitiker um die Stelle des Oberstadtdirektors in der von der SPD mit absoluter Mehrheit regierten Landeshauptstadt Hannover beworben haben. Andere qualifizierte Beamte erwarten nach Auffassung der CDU „keine entscheidende Auslese nach sachlichen Gesichtspunkten mehr“ und verzichten auf die Bewerbung.

In einer Erklärung der CDU, die am 16. August 1963 veröffentlicht wurde, heißt es dazu: „Die in der Landeshauptstadt Hannover mit absoluter Mehrheit herrschende SPD, die einen solchen Zustand verantworten muß, hat allein Anlaß, ihren Hang zur Ämterpatronage in seinen verhängnisvollen Konsequenzen zu überdenken, damit dem demokratischen Staatswesen auf allen Gebieten der Verwaltung kein weiterer Schaden erwächst.“

Inzwischen hat sich auch der CDU-Fachausschuß für den Öffentlichen Dienst in die Auseinandersetzungen um die Abberufung dreier führender Landesbeamter eingeschaltet, die der SPD/FDP-Landesregierung mißliebig geworden sind. Der Ausschuß veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt:

„Der CDU-Fachausschuß für den Öffentlichen Dienst hat mit tiefer Besorgnis von der Versetzung von zwei Staatssekretären und des Regierungspräsidenten in Hildesheim in den einstweiligen Ruhestand durch die von der SPD bestimmte niedersächsische Landesregierung Kenntnis genommen. Das gilt vor allem für die Abberufung des Regierungspräsidenten Dr. Suermann, Hildesheim, der ein bewährter Berufsbeamter ist und sich überall eines hohen Ansehens erfreut. Er gehört der CDU nicht an.“

Wenn auch die sogenannten politischen Beamten beamtenrechtlich jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt

Auf dem Gebiet der Jugendpflege wird besonders das Jugendwandern, das insgesamt 690 000 DM erfordert, mit 280 000 DM Verstärkungsmittel (1962: 180 000 DM) besonders gefördert sowie die Errichtung von Jugendheimen bei einer Gesamtsumme der Zuschüsse von 2,41 Millionen DM mit 1,66 Millionen DM Verstärkungsmittel. 1962 betrug die Verstärkung hierfür 1,16 Millionen DM, 1961 nur 570 000 DM. 650 000 DM (100 000 DM mehr als 1962) der Verstärkungsmittel werden für allgemeine Zwecke der Jugendpflege und der Jugendbewegung verwendet, die insgesamt 1,48 Millionen DM erhalten. Für die Ausbildung und zur Anstellung von Jugendpflegern (Gesamtbeitrag 330 500 DM) wurden die Verstärkungsmittel von 50 000 auf 120 000 DM erhöht. Für die Landjugendbetreuung, die 400 000 DM erhält, sind 80 000 DM an Verstärkung vorgesehen.

werden können, so bedeutet das nicht, daß sie auch pensioniert werden müßten. Nur für die Fälle, in denen nicht gewährleistet ist, daß ein politischer Beamter die Politik der jeweiligen Regierung verfolgt, hat das Beamtenrecht die Möglichkeit seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand geschaffen. Davon kann aber bei Dr. Suermann, der lange Jahre unter der sozialdemokratischen Landesregierung Niedersachsens unparteilich und mit besten Erfolg gewirkt hat, nicht die Rede sein.

Ein bewährter Laufbahnbeamter wird als Folge des Parteienproporz auf das Abstellgleis des einstweiligen Ruhestandes geschoben, das schnell zum endgültigen Ruhestand führt. So werden bewährten Berufsbeamten die höchsten Ämter verwehrt. Auf die Dauer wird das nicht ohne schwerwiegende Auswirkungen auf das Beamtentum bleiben, das zu schützen und zu wahren die gleichen Stellen nicht oft und laut genug betonen können.“

Quittung für Linkspolitik

Der Linkskurs der britischen überregionalen Tageszeitung „Daily Herald“ hat dazu geführt, daß das Blatt demnächst nicht mehr erscheinen wird. Die Zeitung ist 1911 als Labourorgan gegründet worden. Es verfolgte seitdem die politische Linie der britischen Arbeiterpartei mit großer Eindringlichkeit. 1961 ist die Zeitung von der Mirror-Gruppe übernommen worden, da der britische Gewerkschaftsbund, der mit 49 Prozent am „Daily Herald“ beteiligt ist, ihn wirtschaftlich nicht mehr halten konnte. Trotzdem haben sich die jährlichen Verluste immer noch auf über 5 Millionen Mark belaufen. Nun versucht die Mirror-Gruppe den „Daily Herald“ durch eine neue Tageszeitung zu ersetzen und damit wieder ein wirtschaftlich lohnendes Zeitungsorgan zu schaffen. Nach Auffassung der Mirror-Gruppe ist dies aber nur möglich, wenn sich der britische Gewerkschaftsbund und auch die Labour Party völlig von dem Objekt lösen.

SPD-Propaganda mit Lottogeldern

Die CDU Bremen hat dagegen protestiert, daß mit Geldern aus dem Zahlenlotte SPD-Propaganda betrieben wird. Sie ist darüber empört, daß die sogenannten Kurkonzerte des Orchesters der Industriegewerkschaft Metall für daheimgebliebene Urlauber in den Bremer Zeitungen als SPD-Veranstaltungen angekündigt worden sind. Die Kurkonzerte sind nur dadurch ermöglicht worden, daß das Orchester aus Lottomitteln einen Zuschuß in Höhe von 10 000 DM erhalten hatte. Dieser Zuschuß war für die Erfüllung „kultureller Aufgaben“, jedoch nicht für versteckte SPD-Propaganda bestimmt.

Nicht gerade höflich

SPD-Bundestagsabgeordneter übt unzutreffende Kritik

Das Ende der Wohnraumbewirtschaftung in den sogenannten „weißen Kreisen“ hat auch den SPD-Bundestagsabgeordneten Kahn-Ackermann wie einige seiner Parteigenossen vorher auf das Podium des Kritikers gerufen. Seine Kritik, in Form eines offenen Briefes war sehr umfangreich, allerdings weniger hieb- und stichfest. Punkt für Punkt wurden seine Argumente widerlegt.

Staatssekretär Prof. Dr. Ernst hat dem SPD-Abgeordneten geantwortet und ihn darauf hingewiesen, daß es nicht gerade höflich gewesen sei, der Presse ein Schreiben zu übergeben, noch ehe der Empfänger es in seinen Händen haben konnte.

Zu der Kritik Kahn-Ackermanns stellt der Staatssekretär fest:

„Die grundlegenden Vorschriften über die Ermittlung des ‚rechnerischen Wohnungsdefizits‘ sind vom Deutschen Bundestag im Jahre 1960 im Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht festgelegt worden. Bei der Berechnung des ‚Wohnungsdefizits‘ wird die Zahl der Haushalte der Zahl der vorhandenen Wohnungen zum jeweiligen Jahresende gegenübergestellt und festgestellt, ob auf 100 Wohnungen weniger als 103 Haushalte, die nach den gesetzlichen Vorschriften zu berücksichtigen sind, entfallen. In diesem Falle ist die Defizitgrenze unterschritten. Bei diesen Feststellungen werden entsprechend den soeben verkündeten gesetzlichen Vorschriften die neuesten z. Z. zur Verfügung stehenden amtlichen statistischen Unterlagen zugrunde gelegt. Ausgangspunkt sind die Ergebnisse der Volkszählung von Mitte 1961 — bei der auch eine besondere Gebäudezählung durchgeführt wurde — die dann mit Hilfe der amtlichen Statistiken von Jahr zu Jahr fortgeschrieben werden. Veränderungen bei der Bevölkerung werden durch die Bevölkerungsfortschreibung, Zu- und Abgänge bei den Wohnungen durch die Wohnungsfortschreibung erfaßt.

Es trifft also nicht zu, daß der Zuzug von SBZ-Flüchtlings und deren Angehörigen bei der Defizitberechnung unberücksichtigt bleibt.

Im übrigen stammen die Angaben über die Zahl der vorhandenen Wohnungen und Haushalte von der Bevölkerung selbst, und zwar aus den Zählpapieren, die von jedem Hauseigentümer und jedem Haushalt bei der Volkszählung von 1961 ausgefüllt werden mußten, bzw. aus den Unterlagen der Einwohnermeldeämter und der Bauämter. Insofern kann sich die Behauptung, die statistischen Unterlagen seien ‚falsch‘ nur gegen die Bevölkerung bzw. gegen die Gemeindeverwaltungen richten. Die Aufgabe der Statistischen Landesämter beschränkt sich darauf, von Amts wegen die von den Gemeinden gelieferten Unterlagen zu prüfen und auszuwerten. Das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung ist weder in die Primärerhebungen noch in die statistischen Berechnungen eingeschaltet. Ich habe in dieser Hinsicht lediglich die ordnungs-

gemäße Durchführung der bengesetzlichen Vorschriften zu überwachen.

Ich weise an dieser Stelle noch einmal darauf hin, daß auch in den weißen Krei-

Fernsehen und Hörfunk

Zählen will gelernt sein

Es ist nicht eben häufig, daß man das Fernsehpublikum vor den Fernsehschaffenden in Schutz nehmen muß. Letzthin hoben Klagen an, daß sich unsere deutschen Fernsehzuschauer zu einer amorphen Masse von Televisionsdehilen entwickelten. Der PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst der SPD) blies besonders lauthals Alarm und berief sich dabei auf Erhebungen der neuzeitlichen Erinyen, auf die Analysen der Meinungsforscher. Denen soll zu entnehmen sein, daß jene Pessimisten recht behalten hätten, die „von einer nur thematisch angelegten Kontrastierung der Fernsehprogramme entscheidende Resonanzverluste für wertvolle Sendungen, insbesondere im Bereich der Dokumentation und politisch-staatsbürgerlichen Diskussion, befürchtet hatten“. Will sagen, der dämliche Zuschauer konsumiert lieber unterhaltsamen Flitterkram als politische Perlen oder künstlerische Kleinode. Und, so ist die Summa, daran hat nur das Mainzer Fernsehen Schuld, weil ein Kontrastprogramm den Weg der geringsten intellektuellen Anstrengung zu beschreiten verlocke. Offenbar kommt es der SPD gelegen, ihre fragwürdigen Wahlchancen noch immer auf die „Interesselosigkeit, die die Masse unserer Einwohner nach wie vor politischen Dingen gegenüber zeigt“ (31. Sitzung des hessischen Landtages, 27. 6. 1956) abzuwälzen.

Aber wie steht es denn in Wahrheit mit der angeblichen Abwanderung zum Leichten? Bei den im PPP genannten Sendungen — „Panorama“, „Report“, „Weltspiegel“, „Bericht aus Bonn“ — ist eine Abwanderung gar nicht gegeben. Die Sehbeteiligung lag bei „Report“ vor Beginn des ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen) zwischen 42 und 55 Prozent, danach zwischen 35 und 58 Prozent. Bei „Panorama“ erst zwischen 40 und 60 Prozent, dann zwischen 45 und 58 Prozent. Der „Bericht aus Bonn“ hat einen Durchschnitt von 40 Prozent zu verzeichnen, der „Weltspiegel“ von 27,9 Prozent. Auch stimmt die PPP-Meldung nicht, daß das ZDF gleichzeitig mit „Report“ und „Panorama“ Krimis sendet. Meist läuft die Reihe „Musik der alten Welt“ mit geringer Sehbeteiligung, Dokumentationen wie „Auguste Picard“, „Kapitän Scotts letzte Reise“, und sogar das Fußball-Länderspiel Portugal—Brasilien hatte nur 13 (30) Prozent, „Panorama“ aber 45 Prozent. Am Freitag weisen die Unterhaltungssendungen des ZDF eine Sehbeteiligung zwischen 21—33

sen der soziale Wohnungsbau im Rahmen der Länderprogramme und der übrige Wohnungsbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Bauherren weitergeht.

Spezifischen örtlichen Sonderverhältnissen läßt sich unter den Bedingungen eines freien Wohnungsmarktes durch kontinuierlichen Wohnungsneubau am wirksamsten begegnen. Niemand hat bisher eine im ganzen Bundesgebiet anwendbare, bessere Berechnungsmethode im Hinblick auf die stufenweise Beseitigung der zwangswirtschaftlichen Bindungen vorschlagen können.“

(50—77) Prozent auf, während im ersten Programm der „Bericht aus Bonn“ und der „Weltspiegel“ laufen. Dabei scheint aber für den Zuschauer die Qualität entscheidend zu sein. Denn während der schlechten Sendung „Herzlich willkommen“ — 21 (50) Prozent, hatte der „Bericht aus Bonn“ 39 Prozent und der „Weltspiegel“ 32 Prozent aufzuweisen.

Bei der bejammernswerten Inszenierung von „Sophienlund“ — 26 (58) Prozent — wiesen der „Bericht aus Bonn“ 35 und der „Weltspiegel“ 38 Prozent Sehbeteiligung auf. Im übrigen, der Kontrast: hie leichte Unterhaltung, da anspruchsvolle politische Sendungen, ist sehr selten. Von der ARD (Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands) beispielsweise am 2. 6. „Maria Stuart“ mit 35 Prozent, vom ZDF „Musik der Welt“ mit 5 (11) Prozent, oder: von der ARD das Fernsehspiel „Mauern“ mit 43 Prozent, vom ZDF „Schlager des Monats“ mit 11 (26) Prozent.

Aufschlußreich ein Vergleich zwischen zwei Mittwochprogrammen: Am 24. 4. kam von der ARD die „Familie Hesselbach“ mit 80 Prozent Sehbeteiligung und „Die Zeit des Ghetto“ mit 52, im ZDF waren eine politische Sendung und ein Schauspiel von Anouilh mit geringer Zuschauerbeteiligung zu sehen. Ein ähnliches Bild ergibt der 29. 5., wo ebenfalls die „Familie Hesselbach“ mit 84 Prozent ihre Spätschicht trieb. In beiden Fällen ist es zweifellos die „Familie Hesselbach“, die den Zuschauer reizt und nicht der politische Kontrast, denn die Hesselbachs hatten vor Sendebeginn von Mainz gleich hohe Zuschauerzahlen zu verzeichnen. Sehr beachtlich sind auch die 52 Prozent bei der sehr harten Ghetto-Dokumentation und die 29 Prozent bei der Sendung „Darf der Papst schweigen?“, zu der im Mainzer Programm gleichzeitig ein Fußballspiel mit nur 19 Prozent Beteiligung übertragen wurde!

Benachteiligt sind beim ZDF nur jene Sendungen, die um 20.00 Uhr beginnen, wie das „Interview“ oder das „Tagebuch aus der katholischen (evangelischen) Welt“: doch das liegt nicht an einem Abwandern zur leichten Unterhaltung, sondern an dem Lokomotivcharakter der „Tagesschau“. (Bei den hier fürs ZDF angegebenen Prozentzahlen steht neben dem Anteil aller Zuschauer in Klammern die Beteiligung der möglichen ZDF-Zuschauer.) R.

Keine gemeinsame Grundlage

Bürgermeister Albertz (SPD) mißbraucht 13. August

Die Berliner CDU prüft gegenwärtig, inwieweit noch eine gemeinsame politische Grundlage mit SPD-Bürgermeister Albertz besteht, nachdem er ausgerechnet am 13. August gegen die Bundesregierung und die Alliierten Vorwürfe erhoben hat, für die er die Beweise schuldig bleibt. In einem Vortrag im Hessischen Rundfunk nannte Albertz, wie bereits berichtet, die Bundesrepublik einen „Rheinbundstaat“ und den „Verantwortlichen in Bonn“ warf er „provinzielle Ängstlichkeit“ vor.

Der Landesvorstand der Berliner CDU hat sich am 19. August in einer außerordentlichen Sitzung mit den Äußerungen des Bürgermeisters und Senators für Sicherheit und Ordnung, Albertz, befaßt. In einer nach der Sitzung herausgegebenen Erklärung betont die Berliner CDU, daß alle demokratischen Parteien die Lebensfragen Berlins gemeinsam und in Übereinstimmung mit der Bundesregierung verteidigen müssen. Das sei in der Vergangenheit der Fall gewesen. Dem neuen Bürgermeister Albertz blieb es aber überlassen, diese Gemeinsamkeit in einer öffentlichen Erklärung als nicht mehr existierend erscheinen zu lassen. In diesem Zusammenhang erinnert der CDU-Landesvorstand an das gefährliche und umstrittene „Spiegel“-Interview des damaligen Innensenators Albertz. Albertz hatte damals vorgeschlagen, Bewohnern Ost-Berlins, die die Genehmigung zum Besuch West-Berlins erhalten haben, sich aber weigerten in den kommunistischen Machtbereich zurückzukehren, in West-Berlin kein Asylrecht zu gewähren. Die CDU hatte dagegen schwere Bedenken angemeldet, Albertz dennoch eine faire Chance gegeben, da sie seine Äußerungen nicht als Ausdruck einer politischen Entscheidung, sondern als eine einmalige Entgleisung gewertet hatte.

Nach den jetzigen Vorfällen erscheint Albertz aber als untragbar. Er habe sowohl als Bürgermeister als auch insbesondere als Senator für Sicherheit und Ord-

nung versagt. Die Berliner CDU betont in ihrer Erklärung, statt am 13. August die Würde der Landesregierung und auch Berlins zu wahren, entwürdigte Albertz die Gefühle der Deutschen durch eine parteipolitische Rede.

Die Berliner Politik muß im Innern und nach außen hin klar, unmißverständlich

und konsequent bleiben. Wer Berlin und den Bund auseinanderbringt, unterhöhlt die Lebensfähigkeit der Stadt. Unter Hinweis auf die Äußerungen des Bürgermeisters schreibt die CDU, neue Ideen nützen nichts, sondern nur bessere Ideen. Albertz habe keine anzubieten, habe aber bisher viel Verwirrung gestiftet. Es zeige sich, daß er der schwierigen Berliner Situation nicht gewachsen sei. Darum forderte der Landesvorstand der Berliner CDU die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, einen Mißtrauensantrag gegen Albertz zu stellen und zu diesem Zweck die Einberufung des Landesparlaments zu einer Sondersitzung zu beantragen.

Albertz hat in spöttischer Form auf den CDU-Beschluß reagiert. Das beweist, daß er entweder das Parlament oder sein Regierungsamt oder seine Reden nicht ernst nimmt. In keinem dieser Fälle ist er der richtige Mann am richtigen Platz.

Auch hierfür verantwortlich

Senator Albertz und die Polizeiknüppel

Zum 13. August hat der Berliner Bürgermeister und Senator für Sicherheit und Ordnung, Albertz, nicht nur durch seine Rede im Hessischen Rundfunk (vgl. auch den Bericht oben) bewiesen, daß er seinen Aufgaben an verantwortungsvoller Stelle in West-Berlin nicht gewachsen zu sein scheint. Auch der umstrittene Polizeieinsatz in den Abendstunden des 13. August am West-Berliner Moritzplatz gibt der Berliner CDU recht, die bereits vor Bildung des jetzigen Senats vor der Ernennung des früheren Innensenators zum Bürgermeister und Senator für Sicherheit und Ordnung gewarnt hatte.

Gewiß, Ruhe und Ordnung müssen in der geteilten deutschen Hauptstadt gewahrt bleiben. Wenn der amerikanische Stadtkommandant Polk aus Anlaß nächtlicher Krawalle an der Mauer ein polizeiliches Vorgehen gegen die Ruhestörer gefordert hat, so kann der Senator für Sicherheit und Ordnung, Albertz, daraus nicht ableiten, nun jede friedliche Demon-

stration an der Schandmauer zu unterbinden. Dies ist aber am Moritzplatz geschehen.

Die West-Berliner Zeitung „Tagesspiegel“ berichtete am 15. August über diesen Vorfall ausführlich:

„Ohne Warnung, ohne Ankündigung, ohne den geringsten Versuch, gewaltlos zum Erfolg zu kommen, dreschen die Polizisten auf die zurückweichende Menge ein. Flüchtende werden teilweise festgehalten, um ihnen auf diese Weise besser ein paar Schläge verpassen zu können. Alte oder junge, Mann oder Frau — die Hiebe prasseln“.

Hierfür trägt Albertz die Verantwortung. Er und der Regierende Bürgermeister Brandt, der ihn zu seinem Stellvertreter ernannt hatte, sollten klar zu erkennen geben, daß sie diese Polizeimethoden nicht billigen. Eine befriedigende Erklärung steht aber noch aus. Der Senat von West-Berlin ist aber verpflichtet, Bevölkerung und Polizei nicht in einen Gegensatz zueinander zu bringen. Hierfür ist politisches Fingerspitzengefühl notwendig. Dies hat Senator Albertz, der, wie es seine Amtsbezeichnung erkennen läßt, für Sicherheit und Ordnung zuständig ist, aber vermissen lassen.

CDU fordert Maßnahmen

Agrarpolitik im Mittelpunkt der Gespräche

Die Arbeitsgemeinschaft Land- und Ernährungswirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Sitzung in Bonn zur Kenntnis genommen, daß die eingeleiteten Untersuchungen über eine direkte Einkommenshilfe für die Landwirtschaft noch nicht bis zum Grünen Plan 1964 abgeschlossen sein werden. Sie fordert daher eine Reihe vordringlicher Maßnahmen, die der Kostensenkung und damit der Verbesserung der Ertragslage dienen sollen.

Dazu gehören ein Konsolidierungsgesetz zur Umwandlung kurzfristiger Verbindlichkeiten in langfristige Kredite bei Einbeziehung in die dreiprozentige Zinsverbilligungsaktion des Bundes, die Ergänzung der neuen Richtlinien zur Verbesserung der Agrarstruktur durch Landesmittel, die Senkung des Zinssatzes von Darlehen für alle anderen agrarstrukturellen Maßnahmen auf ein Prozent, die Erstattung der von der Landwirtschaft zu zahlenden Grundsteuer A und des Lastenausgleichs durch den Bund, ferner eine weitere Verbilligung des Dieselkraftstoffes und eine weitere Erstattung der sozialen Lasten.

Die Landwirtschaft dürfe nicht, so heißt es weiter, in die geplante Mehrwertsteuer einbezogen werden und keine zusätzliche Belastung aus der neuen Einheitsbewertung erfahren. Es wird im übrigen eine zeitgerechte Neuordnung der Besteuerung sowie die Einführung eines Landarbeiterbeitrages bei der Lohnsteuer gefordert.

Die Arbeitsgemeinschaft hat nach einem Referat von Bundesminister Schwarz zum Ausdruck gebracht, daß am deutschen Getreidepreis weiterhin festzuhalten sei. Vorrangig müßten dagegen die unterschiedlichen Kostenfaktoren in den einzelnen EWG-Ländern offengelegt und angeglichen werden.

Verstärkte Kontakte

Zum zweiten Sekretär in der parlamentarischen Verbindungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bonn ist der Gewerkschaftssekretär Vorneweg aus Essen ernannt worden. Vorneweg gehört der CDU an. Seine Aufgabe besteht darin, die Verbindungen des Gewerkschaftsbundes zur CDU und ihrer Bundestagsfraktion zu verstärken und auszubauen.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Die CDU-Kandidaten in Bremen

Drei CDU-Kandidaten aus Kreisen der Vertriebenen und Flüchtlinge bemühen sich bei den Bürgerschaftswahlen am 29. September um die Stimmen der Bremer Wähler. Der in Posen geborene Karosseriebaumeister Ludwig Feldmann, stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreissozialausschusses Bremen, gehörte der Bürgerschaft bereits 1958/59 an. Der selbständige Kaufmann Emil Koschek ist stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Litauendeutschen. Der Gewerbeoberlehrer Lothar Sagner, seit 1960 Mitglied der Bürgerschaft, war langjähriger Landespressereferent der Landsmannschaft Schlesien; für seine Verdienste um die Landsmannschaft wurde ihm die Goldene Schlesier-Nadel verliehen.

Kritik an Minister Höft (SPD)

Der niedersächsische Vertriebenenminister Höft (SPD) sieht sich zunehmender Kritik aus Vertriebenenkreisen ausgesetzt, weil er eine Feierstunde anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands in Niedersachsen für parteipolitische Zwecke mißbraucht hat. Der Minister hatte der Bundesregierung unterstellt, sie enthalte den Flüchtlingen die Gleichstellung mit den Vertriebenen vor. In diesem Zusammenhang forderte er von der Bundesregierung, sie solle auf eigene Gesetzentwürfe für eine Gleichstellung verzichten und sich stattdessen einem SPD-Entwurf anschließen.

49 Exil-Zeitungen

Osteuropäische Ausländer, die in der Bundesrepublik im Exil leben, geben insgesamt 49 Zeitungen und Zeitschriften heraus, deren Auflagenhöhe zwischen 1000 und 10 000 Exemplaren schwankt. Die auflagenstärksten Zeitungen sind eine dreimal wöchentlich in Mannheim erscheinende polnische Publikation, eine ungarische Monatszeitschrift und ein ukrainisches Wochenblatt. In der Bundesrepublik arbeiten 600 Exil-Journalisten.

4,8 Milliarden für Ostlandwirte

Nach einer Aufstellung des Bundeswirtschaftsministeriums hat die öffentliche Hand seit 1949 rund 4,8 Milliarden DM Darlehen und Beihilfen für die Eingliederung von Landwirten aus der sowjetischen Besatzungszone und aus den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten gezahlt. Davon hat der Bund allein 2 Milliarden DM aufgebracht. Mit Hilfe dieser Mittel sind für über 140 000 Vertriebene und Flüchtlinge neue Existenzen geschaffen worden.

Dank an die Vertriebenen

Minister Dr. Schlegelberger über die Verantwortung gegenüber dem Staat

Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Schlegelberger hat am Wochenende auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen und Flüchtlinge im CDU-Landesverband Schleswig-Holstein die Leistungen der Vertriebenen beim Aufbau der Bundesrepublik ausdrücklich gewürdigt.

Der Minister, der auch die besonnene Haltung der Vertriebenen und Flüchtlinge lobte, sagte u. a.: „Wenn wir uns heute fragen, wer in jenen schweren Jahren des Aufbaues Verantwortung gegenüber Volk und Staat gezeigt hat, dann müssen wir vor allem die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nennen, die sich trotz aller Gegenpropaganda aus dem kommunistischen Osten niemals zu einem nationalistischen Kurs bestimmen ließen, der geeignet gewesen wäre, die zähen Bemühungen des Bundeskanzlers um Freundschafts- und Bündnisverpflichtungen mit den früheren Gegnern in Gefahr zu bringen.“

Wenn vor Jahren das Saargebiet nach Deutschland zurückkehrte und vor ein paar Tagen rd. 10 000 Deutsche aus niederländischer Verwaltung in deutsche zurückgeführt werden konnten, so zeigt das, welchen Erfolg die Politik der europäischen Integration gehabt hat. An unseren Westgrenzen haben unsere früheren Kriegsgegner das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat anerkannt. Sie haben in einer friedlichen und fairen Regelung dem ge-

schlagenen Gegner Vertrauen entgegengebracht, aus den früheren Gegnern sind Partner und Freunde geworden.“

Zum Schluß seiner Ausführungen kam der Minister auf die Aufgaben der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein zu sprechen. Er forderte sie auf, gemeinsam mit den Heimatvertriebenen die Verantwortung für das Wohl und Wehe dieses Landes zu tragen: „Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sollen kein Fremdkörper sein, sondern eine wertvolle Ergänzung. Sie haben schon bisher durch ihre Arbeitskraft das sogenannte Wirtschaftswunder mit möglich gemacht. Sie haben durch besondere Kenntnisse diesem Lande neue Impulse gegeben und frische Begabungen vermittelt. Sie sollen nun das vollbringen, was man unter dem Fremdwort ‚sich integrieren‘ nennt. Heimatreu zu bleiben und doch voll in der neuen Heimat Verantwortung zu übernehmen. Ist das wirklich so schwierig? Deutsch ist das Volk und deutsch ist der Staat. Hier in Schleswig-Holstein wie einst in der unvergessenen Heimat. Sie waren dort treu und verantwortungsbewußt. Ich bin überzeugt, Sie sind es auch hier.“

„Entstellungen . . .“

SPD-Funktionär über die Vertriebenenfeindlichkeit der „Welt der Arbeit“

Die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD über den vertriebenenfeindlichen Kurs des offiziellen Parteiorgans „Vorwärts“ und einer Reihe von Gewerkschaftszeitungen (siehe auch UID 33/63) gehen weiter. Zu den scharf kritisierten Zeitungen gehört jetzt auch das DGB-Organ „Welt der Arbeit“.

Das Würzburger SPD-Mitglied Karl Gawlas, das bei den letzten Kommunalwahlen vergeblich bei den Stadtratswahlen kandidierte, warf der „Welt der Arbeit“ in einem am 16. August 1963 veröffentlichten Leserbrief u. a. auch „Entstellungen“ bei der Behandlung von Vertriebenenproblemen vor.

In seinem aufschlußreichen Brief heißt es u. a.: „Als langjähriger Leser der ‚Welt der Arbeit‘ und auch als Betriebsratsvorsitzender habe ich leider oft die Gewerkschaftspresse und insbesondere die ‚Welt der Arbeit‘ in Schutz zu nehmen und die Kollegen zu beruhigen, um wiedergutzumachen, was ihre Artikel über die Vertriebenenfrage immer wieder verderben. Man müßte annehmen, eine Gewerkschaftszeitung hat wichtigere Aufgaben, als immer wieder einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Leser und Gewerkschaftsmitglieder durch Vorurteile, Ressentiments, ja leider auch Entstellungen und Halbwahrheiten zu verärgern.“

Die vielen Vertriebenen sind, würden ihnen dankbar sein, wenn sie das Vertriebenenproblem mal ehrlich behandeln würden und alle ihre Ressentiments fallenließen.

Müssen es immer wieder die einigen wenigen schwarzen Schafe sein, die Sie als die angeblichen Repräsentanten der Vertriebenen herausstellen, deren Einfluß schon lange am Schwänden ist? Es kann Ihnen doch nicht unbekannt sein, daß der Großteil der führenden Persönlichkeiten der Vertriebenenverbände aus den demokratischen Parteien hervorgekommen und die Zahl derer, die auch der Gewerkschaft angehören, nicht klein ist. Selbst Verfolgte des Naziregimes finden Sie im Präsidium. Wenn Sie nicht so von Vorurteilen über die Vertriebenen überladen wären, hätten Sie dies schon längst gewürdigt.“

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

„Sehr enttäuscht“

„Bremer Nachrichten“ stellen peinliche Fragen zum Fall Müller-Wolff

Die Nervosität der Bremer SPD-Wahlkampfstrategen wird zusehends stärker, weil der Fall der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Müller-Wolff (siehe UiD 29, 31 und 32/63) immer weitere Kreise zieht und die Position der SPD für die Bürgerschaftswahlen am 29. September dadurch weiter schwächt.

Die Sozialdemokraten hatten gehofft, die Diskussion über die Differenzen zwischen dem SPD-Wirtschaftssenator Eggers und der Abgeordneten einschläfern zu können. Deshalb hatte der Senator eine alles und nichts sagende Ehrenerklärung für die angeblich „politisch unzuverlässige“ Abgeordnete abgegeben. Deshalb hatte sich der Bremer SPD-Landesverband auch bemüht, ein Parteiordnungsverfahren, das Frau Müller-Wolff gegen ihren Genossen angestrengt hatte, möglichst unauffällig durchzuführen.

Eine Erklärung, die der SPD-Landesverband über den Ausgang des Verfahrens veröffentlichte, hat den Fall jedoch erneut hochgespielt. Es heißt darin: „Der Landesverband der Bremer SPD hat die Vorwürfe untersucht, die angeblich gegen die Abgeordnete Frau Müller-Wolff und in diesem Zusammenhang später auch gegen Senator Eggers erhoben worden sind. Der Landesverband hat festgestellt, daß Senator Eggers keine ehrenrührigen Behauptungen gegen Frau Müller-Wolff aufgestellt oder deren politische Zuverlässigkeit in Zweifel gezogen hat.“

Diese Erklärung reichte Frau Müller-Wolff jedoch anscheinend nicht aus. Sie

machte ihrer Empörung über den für sie enttäuschenden Ausgang des Parteiverfahrens mit einer Flucht in die Öffentlichkeit Luft und erklärte, sie fühle sich weder zufriedengestellt, noch rehabilitiert, aber „sehr enttäuscht“. Mehr noch, die Abschlusserklärung erwecke den Eindruck, „als ob überhaupt nichts geschehen sei“. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Bremer Sozialdemokraten über diese Äußerungen nicht gerade begeistert sind, zumal sie jetzt auch von der renommierten Tageszeitung „Bremer Nachrichten“ kritisiert worden sind.

Die Zeitung stellte am 14. August 1963 zum Fall Müller-Wolff folgende Fragen: „Wie ist es überhaupt zu den Behauptungen und Gerüchten über die angebliche politische Unzuverlässigkeit gekommen? Stimmt es, daß tatsächlich Material irgendwelcher Nachrichtendienste vorgelegen hat, das sich mit dem Ehepaar Müller-Wolff und seiner politischen Zuverlässigkeit oder Unzuverlässigkeit beschäftigt? Was ist von den verantwortlichen Bremer Stellen getan worden, um sich in diesen Fragen absolute Gewißheit zu verschaffen?“ Die Antwort auf diese Fragen ist die SPD bisher schuldig geblieben...

Infiltrationsversuche der SPD

Rote Positionslaternen an katholischen Pädagogischen Hochschulen

Die Sozialdemokraten versuchen jetzt, auch an katholischen Pädagogischen Hochschulen Fuß zu fassen. So wurden in diesem Jahr in Berlin, Bonn, Münster und Paderborn sozialistische Hochschulbünde gegründet. Es handelt sich dabei aber nicht um spontane Zusammenschlüsse sozialistischer eingestellter Studenten, sondern um eine zentral gesteuerte Aktion, bei der zum Teil Strohmänner vorgeschickt wurden.

Das Vorgehen der Sozialdemokraten an den Pädagogischen Hochschulen in Paderborn und Münster ist typisch für die SPD-Taktik, mit der die SPD hofft, die Lehrerstudenten in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Wie die Katholische Nachrichtenagentur berichtet, war bezeichnend, daß die Sozialdemokratischen Hochschulbünde an beiden Pädagogischen Hochschulen weder aus eigenem spontanen Interesse noch mit eigenen Kräften, d. h. nicht aus den Reihen der Studenten, sondern von außen her ins Leben gerufen wurden. In beiden Fällen war es der Sozialdemokratische Hochschulbund an der Universität Münster, der katholische Mitglieder vorschickte, um auf der weißen Landkarte des politisch sicherlich interessanten Nachbargebietes der Pädagogischen Hochschulen rote Positionslaternen aufzustellen. Ungeniert erklärte denn auch ein Universitätsstudent in Münster: „Wir haben... gegründet.“

Die von außen gesteuerte Aktion ist mit der Gewerkschafts- und Betriebsgruppenarbeit der SPD zu vergleichen, mit der die SPD im vopolitischen Raume ihren Einfluß zu vergrößern sucht. Dabei ist der

SPD kein Opfer zu groß. Denn das Beispiel der katholischen Hochschulen, an denen Lehrer für die von der SPD bekämpften Bekenntnisschulen herangebildet werden, zeigt, daß die SPD bereit ist, über den eigenen Schatten zu springen, um auch unter den katholischen Lehrern hoffähig zu werden.

Die Katholische Nachrichtenagentur, die sich mit Infiltrationsversuchen der SPD beschäftigt hat, fragt:

„Die Gründung sozialdemokratischer Hochschulbünde an katholischen Pädagogischen Hochschulen wirft ernste Fragen auf. Sind sich die Verantwortlichen darüber im klaren, daß es sich hier um einen folgenreichen Schritt zur inneren Aushöhung der katholischen Lehrerbildung handelt? Kann das im Sinne jener Eltern sein, die erwarten, daß die zukünftigen Lehrer ihrer Kinder aus innerer Überzeugung und in vollem Umfang die katholischen Erziehungsgrundsätze und damit die Bekenntnisschule bejahen? Die SPD weiß genau, was sie will, um an die Macht zu kommen. Kein Katholik kommt an der Entscheidung, die die politischen Realitäten von ihm fordern, vorbei.“

Mitgehört – mitgelesen

Anzeichen einer Verschlechterung des politischen Klimas in Westberlin durch Äußerungen des Bürgermeisters Albertz (SPD) hat die „Neue Zürcher Zeitung“ festgestellt. Die Zeitung schrieb am 15. August:

„Bürgermeister Albertz kritisierte in einer Ansprache über den Hessischen Rundfunk die Westmächte wegen ihrer passiven Haltung gegenüber den Unrechtsakten des Ulbricht-Regimes, gleichzeitig aber rief er die Deutschen zur disziplinierten Unterstützung der ‚Friedensstrategie‘ Präsident Kennedys auf und tadelte im übrigen die Regierung in Bonn wegen ihrer Haltung in der Frage des Beitritts zum Moskauer Abkommen, wobei er die Bundesrepublik mit Ausdrücken wie ‚Rheinbund-Staat‘ und ‚perfektionistischer Staat zwischen Elbe und Rhein‘ titulierte und betonte, die Bundesrepublik dürfe nichts Endgültiges sein.“

Solche Äußerungen, die einen Rückfall in den Ton und die Methoden der Auseinandersetzungen mit Heinemann und Dehler über die Note Stalins vom Frühjahr 1952 bedeuten, tragen zu einer Verschlechterung des politischen Klimas in Westberlin bei, das sich ohnehin zu Schlechten zu wenden scheint, wird doch seit der Bekanntgabe der Pläne für die Umgruppierung der amerikanischen Garnison in Westberlin unter den Leuten wieder das Gerücht herumgeboten, die Amerikaner steckten mit den Sowjets unter einer Decke, und Washington wolle einen ‚Ausverkauf‘ in Raten einleiten. Von dieser Flüsterpropaganda stimmt kein Wort, und die Umstrukturierung der amerikanischen Garnison in Westberlin, die lange vor dem Moskauer Teststop-Abkommen beschlossen worden war, erfolgt im Rahmen der Umgliederung der gesamten amerikanischen Armee und hat mit angeblichen Disengagement-Plänen für Berlin nichts zu tun. Daß die Parole von dem geheimen Einverständnis zwischen Moskau und Washington wieder herumgeistert, ist ein Indiz mehr für die Existenz eines latenten Mißtrauens, das seit den Augusttagen des Jahres 1961 in manchen Kreisen nie mehr ganz verschwunden ist und dem der eine oder andere Berliner heute sogar mit der Behauptung Ausdruck gibt, Kennedy sei nie in die Stadt gekommen, um die Bevölkerung auf einen ‚Ausverkauf‘ vorzubereiten.“

Storz 65 Jahre alt

Der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Storz konnte am 19. August seinen 65. Geburtstag begehen. Storz, der vor seiner Ernennung zum Minister bereits einen Namen als Publizist, Literaturhistoriker, vor allem als Schiller-Kenner, und als Oberspielleiter hatte, war auch als Oberstudienrat sowie als Gastdozent in den Vereinigten Staaten tätig. 1959 veröffentlichte er ein viel beachtetes Werk „Der Dichter Friedrich Schiller“.

In den fünf Jahren seiner Tätigkeit im Ministeramt entstanden grundlegende Gesetze und umfassende Bildungs- und Lehrpläne. Er förderte entschieden die Oberstufenreform der Gymnasien. Seiner Initiative verdankt die Stuttgarter Staatsgalerie den Erwerb moderner Gemälde und Zeichnungen.